



Der schwierige 29. Juni 2012

Fiskalpakt und ESM finden eine Zweidrittelmehrheit noch vor der Sommerpause

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben am Freitag, dem 29. Juni, über die Gesetze zum Fiskalvertrag und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (kurz: ESM) abgestimmt. Für beide Vorhaben fanden sich im Bundestag und in der Länderkammer die nötigen Zweidrittelmehrheiten. Die SPD-Fraktion stimmte nach langen Verhandlungen mit der schwarz-gelben Koalition über den richtigen Weg aus der Krise und Zugeständnissen der Bundeskanzlerin schließlich mehrheitlich zu.

In diesen Verhandlungen machte die SPD deutlich, dass die Abwärts Spirale aus Verschuldung und Rezession, Hoffnungslosigkeit und Protest in Europa durchbrochen werden muss. Die reine Spar- und Konsolidierungspolitik, die Angela Merkel Europa verordnen wollte, wäre dazu nicht in der Lage gewesen. Wichtig sind Wachstumsimpulse durch Investitionen, entschiedene Maßnahmen gegen die gravierende Jugendarbeitslosigkeit in Europa und nicht zuletzt eine finanzielle Beteiligung der Verursacher der Krise an den Kosten der Krise.

Der Fiskalpakt allein wäre deshalb im Deutschen Bundestag nicht



Der Fiskalpakt fordert die Haushaltspolitiker überall in Europa. Neben allen Sparanstrengungen sollen Investitionen für Wachstum sorgen. Foto: pixelio.de/Thorsten Freyer

mehrheitsfähig gewesen. Aber die Erfolge der Nachverhandlungen, die allen voran der SPD zu verdanken sind, können sich sehen lassen (siehe Seite 2).

Klar ist aber, dass heute niemand weiß, ob die beschlossenen Maßnahmen ausreichen werden. Aber die SPD konnte das Steuer herumreißen, den falschen Kurs der Bundesregierung ein Stück weit korrigieren und der Krise jetzt mit einer anderen Politik begegnen, die auf Wachstum setzt.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es jetzt darauf ankommen, dass wir bei allen weiteren anstehenden Reformüberlegungen – z.B. zur europäischen Finanzauf-

sicht und einer tieferen wirtschafts- und finanzpolitischen Integration – die demokratisch gewählten Parlamente stärken und ordentlich beteiligen – allen voran das Europäische Parlament.

In allen Prozessen der Krisenbewältigung in Europa sind die Rechte des Deutschen Bundestags zu wahren. Das hat das Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach in Urteilen zum Ausdruck gebracht. Es ist traurig, dass dies extra betont werden muss, aber wir haben in jüngster Zeit zu oft erlebt, dass die rechtzeitige und umfassende Information und Befassung des Bundestags für die Bundesregierung keine Selbstverständlichkeit ist. *Manfred Nink*

2 | Die Bundespolitik

Der nachverhandelte Fiskalpakt im Überblick

Monate lang haben SPD und Grüne auf eine andere Politik zur Bewältigung der Krise in Europa hingewirkt. Wo die Bundesregierung einen einseitigen Sparkurs fahren wollte, haben SozialdemokratInnen und Grüne stets für ein Investitionsprogramm gekämpft, um die Volkswirtschaften in Europa nicht kaputt zu sparen, sondern Wachstum zu ermöglichen, auf das sich ein erfolgreicher und nachhaltiger Konsolidierungskurs stützen kann. Mit der Einigung zwischen Bundesregierung, SPD und Grünen gesteht Angela Merkel jetzt ein, dass sie mit ihrem Kurs bislang in die falsche Richtung gesehelt ist.

Die Verhandlungsführer der SPD konnten sich mit ihren zentralen Forderungen durchsetzen. Was sind die konkreten Botschaften und Inhalte dieses gemeinsamen Papiers?

Finanztransaktionssteuer

Die Verursacher der Krise werden in Zukunft an den Kosten der Krisenbewältigung durch eine Finanztransaktionssteuer beteiligt. Neun EU-Mitgliedstaaten sollen mit einer verstärkten Zusammenarbeit voran gehen. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Höhere Investitionen in Wachstum und Beschäftigung

Nicht abgerufene Mittel aus dem Strukturfonds sollen schnell für wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen eingesetzt werden. Beim Mittelfristigen Finanzrahmen 2014-2020 der EU darf es zu keinen Kürzungen bei den Investitionen kommen. Das Kapital

der Europäischen Investitionsbank (EIB) soll um 10 Milliarden Euro aufgestockt werden, was zu Investitionen bis zu 180 Milliarden Euro führen soll. Das Programm für europäische Projektanleihen soll bei Bedarf bis Ende 2013 aufgestockt werden.



Eine Bedingung der SPD: Die Einigung mit dem Bundesrat Foto: Bundesrat.de

Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Jedem Jugendlichen wird mit dem Sofortprogramm in Europa garantiert, dass kurzfristig nach Verlassen der Schule oder Eintritt in die Arbeitslosigkeit eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle angeboten wird. Die Finanzierung erfolgt aus dem Europäischen Sozialfonds. So wird das Recht der Jugendlichen auf Ausbildung und Arbeit gestärkt.

Finanzstabilität

Die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet in Europa auf weitergehende Lösungen für eine bessere Finanzstabilität hinzuwirken. Dazu gehört zum Beispiel eine bessere Finanzaufsicht und die Regu-

lierung von Schattenbanken. Das Europäische Parlament muss bei den Beratungen angemessen beteiligt werden.

Vereinbarung von Bund und Ländern

Die SPD hat zur Voraussetzung für einen Beschluss über den Fiskalpakt die Einigung zwischen Bund und Ländern über die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpakts gemacht. Auch hierzu liegt jetzt neben dem erwähnten „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ ein Papier vor.

Am Sonntag, dem 24. Juni, wurde eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern erreicht, die vor allem ein Verhandlungserfolg der SPD-geführten Bundesländer ist.

Als wichtigste Punkte sieht die Vereinbarung vor, dass die Haushaltsautonomie der Länder unangetastet bleibt. Die Bundesländer tragen keine Verpflichtungen, die über die bisher geltende Schuldenregel des Grundgesetzes hinausgehen. Der Bund haftet für den Fiskalpakt im Außenverhältnis. Dazu gehört vor allem, dass er Sanktionszahlungen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Länder bis 2019 übernimmt. 2013 wollen Bund und Länder erstmals durch gemeinsame Anleihen eine gemeinsame Kreditaufnahme realisieren. Das soll den Ländern niedrigere Zinsen ermöglichen.

Außerdem erhalten die Bundesländer einmalig Investitionsmittel in Höhe von 580,5 Millionen Euro sowie für Sach- und Personalkosten laufend 75 Millionen Euro durch Erhöhung des Vorwegabzugs bei der Mehrwertsteuer.

Zu wenige „Hammel“ für die „Herdprämie“

Wie die Bundesregierung im ersten Anlauf keine Mehrheit für ihr Betreuungsgeld fand

Ein Gesetz, das im Bundestag beschlossen wird, durchläuft drei Lesungen im Plenum. Die erste Lesung für das hoch umstrittene Betreuungsgeld – die sogenannte Herdprämie – von Schwarz-Gelb sollte am Freitag, dem 15. Juni 2012, im Bundestag stattfinden. Doch daraus wurde nichts.

Bei einem Hammelsprung können die Abgeordneten durch eine der Türen „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ den Plenarsaal betreten. So ist erstens für ein klares Abstimmungsergebnis gesorgt und zweitens wird quasi nebenbei die genaue Anzahl der an der Abstimmung beteiligten ParlamentarierInnen ermittelt.

waren. Hinzu kommt jedoch, dass der Bundestag gemäß § 45 seiner Geschäftsordnung nur beschlussfähig ist, „wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist.“ Sollte der Bundestag nicht beschlussfähig sein, so muss die Sitzung beendet werden. Auch das war der Opposition natürlich



Szene eines Hammelsprungs: Drei Türen stehen für „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“. Foto: Deutscher Bundestag - Lichtblick/Achim Melde

Die Abgeordneten berieten gegen Mittag abschließend einen wirtschaftspolitischen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Thema und Titel des Antrags: Presse-Grosso gesetzlich verankern. Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses lautete erwartungsgemäß Ablehnung. Doch darüber sollten nun die Abgeordneten im Plenum abschließend befinden. Für Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (DIE LINKE) waren die Mehrheitsverhältnisse nicht klar ersichtlich, so dass sie die Abgeordneten zu einem sogenannten Hammelsprung bat. Die Politikerinnen und Politiker verließen den Plenarsaal. Im Reichstag und den umliegenden Gebäuden kündigte ein lautes Tonsignal die Abstimmung an.

An dieser Stelle kommt die Spannung in die Geschichte: Im Anschluss an die Abstimmung zum erwähnten rot-grünen Antrag zum Presse-Grosso stand die erste Lesung des Betreuungsgeldes auf der Tagesordnung. Da die Bundesregierung dieses Vorhaben noch vor der Sommerpause umsetzen wollte, musste es zwangsläufig an diesem Freitag in erster Lesung beraten werden, um das Gesetz danach den Ausschüssen zuzuleiten und es in der letzten Woche vor der parlamentarischen Sommerpause noch in zweiter und dritter Lesung beschließen zu können. Die Mitglieder der Opposition wussten das. Und sie wussten auch, dass an diesem Freitag viele Abgeordnete der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP nicht mehr im Haus

bewusst.

Also ließen die Politikerinnen und Politiker von SPD, Grüne und Linke die schwarz-gelbe Koalition auflaufen, indem die sie der Abstimmung fernblieben. Ergebnis: Da auch 126 Abgeordnete der Koalition fehlten – darunter auch die zuständige Familienministerin Dr. Kristina Schröder – waren zu wenige Abgeordnete anwesend. Die Sitzung wurde geschlossen. CDU/CSU und FDP hätten alleine ihre „Hammel“ beisammen haben müssen, um das Betreuungsgeld über die erste Hürde im Parlament zu bringen. So aber hat die Opposition ihr möglichstes getan, um das Betreuungsgeld vorerst aufzuhalten und mehr Zeit für den Kampf gegen dieses unsinnige Vorhaben zu gewinnen.

4 | Aus Partei und Fraktion

Besuch bei EuroBBW in Bitburg



Am 20. Juni besuchte Manfred Nink das Europäische Berufsbildungswerk (EuroBBW) in Bitburg. In Gesprächen unter anderem mit Vertretern der Personalvertretung und der Auszubildendenvertretung konnte er sich einen Eindruck von der Einrichtung verschaffen, die vielen Jugendlichen Chancen für den Berufseinstieg – zum Beispiel in der Reiseverkehrsbranche (siehe Foto) – durch fundierte Ausbildungen und zahlreiche Kooperationspartner in der Wirtschaft sichert.

Foto: EuroBBW

Unruhiger Sommerbeginn

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die kommenden Wochen vom 1. Juli bis einschließlich 5. September befindet sich der Deutsche Bundestag in der parlamentarischen Sommerpause. In dieser Zeit finden in Berlin in der Regel keine Sitzungen der Ausschüsse, der Fraktionen oder des Plenums statt. In diesem Sommer jedoch wird das aller Wahrscheinlichkeit nach anders sein.

Die finanz- und haushaltspolitischen wichtigen Entscheidungen zur Aufnahme Zyperns und Spaniens unter den europäischen Rettungsschirm erfordern Abstimmungen der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Deshalb

wird es aller Voraussicht nach Ende Juli eine Sondersitzung geben müssen. Die Krise macht halt keinen Urlaub.

Das mag für manche Abgeordnete und deren Urlaubspläne ärgerlich sein, aber ich denke, dass die demokratische Beteiligung des Parlaments in diesen Fragen unerlässlich ist.

Euch allen aber wünsche ich ein paar schöne – nicht unterbrochene – Sommer(ferien)tage. Meine Büros in Trier und Berlin sind auch während der Sommerzeit durchgehend besetzt.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Sprechbrief

29. Mai bis 10. Juni 2012

Schülergespräche beim Balthasar-Neumann-Technikum und beim Max-Planck-Gymnasium in Trier, Begleitung einer Besuchergruppe in Berlin, Eröffnung der Mehringer Kirmes

11. bis 17. Juni 2012

Sitzungswoche des Bundestages, gemeinsame Sitzung der Landesgruppe mit der SPD-Landtagsfraktion in Berlin, Begleitung des Planspiels „Jugend und Parlament“, Gespräch mit EU-Kommissar Günther Oettinger, Gespräche mit Schülern des Gymnasiums Hermeskeil, des St.-Willibrod-Gymnasiums Bitburg, des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Trier, der Stefan-Andres-Realschule Schweich und des Dietrich Bonhoeffer-Gymnasiums Schweich in Berlin, Gespräch mit dem Botschafter Belgiens, Mitgliederversammlung der Saar-Lor-Lux-Internationale in Esch-Alzette (L)

18. bis 24. Juni 2012

Delegationsreise der AG Wirtschaft nach Brüssel und Gespräche mit EU-Parlamentarierern zu wirtschaftspolitischen Themen, Infobesuch bei EuroBBW in Bitburg, Mitgliederversammlung des SPD OV Wellen/Temmel, Besuche des Tages der Musik in Föhren und des Sommerfestes des SPD-OV Jünkerath, Gespräch mit der Botschafterin Luxemburgs

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de